

EDITORIAL



Sebastian Bergmann

G7: Verständigung auf globale Steuerreform

<https://doi.org/10.33196/ges202103010901>

Die mitunter aggressiven Steuervermeidungspraktiken global tätiger Unternehmen im Allgemeinen und die Probleme im Zusammenhang mit einer angemessenen Besteuerung der digitalen Wirtschaft im Speziellen beschäftigen die internationale Staatengemeinschaft bereits seit mehreren Jahren. Vor allem die „Tech-Giganten“ sind in den vergangenen Jahren wegen ihrer Steuergebarung zunehmend in Kritik geraten. Stein des Anstoßes war und ist dabei im Wesentlichen der Umstand, dass die besagten Unternehmen in diversen Ländern dieser Welt (wie auch in Österreich) große Umsätze generieren, in den betreffenden Ländern aber keine bzw. kaum Steuern zahlen. Dies vor allem auch vor dem Hintergrund, dass bei vielen digitalen Geschäftsmodellen gerade auch die lokalen Nutzer entscheidend zur Wertschöpfung bei den Anbietern der digitalen Leistungen beitragen.

Diese Problemlage erkennend hat die OECD in den vergangenen Jahren ein Konzept entwickelt, um den steuerlichen Herausforderungen der Digitalisierung zu begegnen. Die dabei vorgeschlagenen Maßnahmen bauen – bildlich gesprochen – auf zwei Säulen auf, welche völlig verschieden sind, aber nach Möglichkeit parallel umgesetzt werden sollen:

- Herzstück der Säule 1 ist die beabsichtigte Einführung eines neuen Besteuerungsrechts für User- bzw. Marktstaaten, um im Zusammenhang mit den betroffenen Wirtschaftszweigen (insbesondere, aber nicht nur der Digitalwirtschaft) eine Besteuerung dort zu ermöglichen,

wo durch die jeweiligen Kunden eine Wertschöpfung für die Unternehmen stattfindet. Dafür soll ein neuer territorialer Anknüpfungspunkt („Nexus“) eingeführt werden, und zwar ohne das betriebsstättenimmanente Erfordernis einer physischen Präsenz.

- Demgegenüber wird mit der Säule 2 die Einführung einer globalen Mindestbesteuerung international tätiger Unternehmen verfolgt. Eine solche soll zwangsläufig dazu führen, dass Steueroasen (also Länder mit Nicht- oder Niedrigbesteuerung) ausgetrocknet werden.

Anfang Juni haben sich nunmehr in London die G7-Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und die USA) auf eine Umsetzung der von der OECD grundgelegten globalen Steuerreform verständigt. So sollen die größten globalen Unternehmen zukünftig ein Fünftel ihrer globalen Gewinne in jenen Ländern versteuern, wo sie ihren Umsatz generieren (Säule 1). Außerdem soll eine globale Mindeststeuer von 15% eingeführt werden (Säule 2).

Wenngleich nicht unwesentliche Details (wie etwa die Frage, welche Unternehmen tatsächlich betroffen sein sollen) erst gelöst werden müssen, stellt die Verständigung der G7-Staaten zweifelsohne einen sehr wichtigen Meilenstein auf dem Weg zu einer Neugestaltung des globalen Besteuerungsregimes dar. Mit dem G7-Beschluss wurde auch der Druck auf die großen Schwellenländer erhöht, beim kommenden G20-Treffen dem Reformvorschlag ebenfalls zuzustimmen. Die weitere Entwicklung bleibt jedenfalls mit Spannung abzuwarten.